

Eupen, den 10.12.2019

Rede

**Plenum, 10.12.2019
Haushalt 2019-2020 - OB30
- Es gilt das gesprochene Wort-**

Werte Damen und Herren,

bevor ich zum eigentlichen Thema dieser Diskussionsrunde, nämlich den Bereichen Unterricht und Ausbildung sowie Kinderbetreuung, komme, möchte ich ein paar allgemeine Anmerkungen machen und damit auf zwei Aussagen von Herrn Paasch bei der Vorstellung des Haushalts reagieren.

Zum Einen lobte der Ministerpräsident die Bemühungen der Regierung in Sachen Transparenz: Man habe als einzige Gemeinschaft Belgiens im Mai 2019, also kurz vor den Wahlen, die Einnahmen nach unten korrigiert.

Ich finde diese Aussage insofern interessant, als dass sie viel weniger über die Transparenz dieser Regierung, als über das politische Selbstverständnis sowohl im Inland, als auch in der DG aussagt: Nämlich, dass Transparenz in der Politik eben keine Selbstverständlichkeit ist. Transparenz

Seite: 1

sollte aber eine Selbstverständlichkeit sein! Wäre sie es, würde der Ministerpräsident dies erst gar nicht erwähnen.

Zum Anderen brüstet sich der Ministerpräsident mit Erhöhungen von Ausgaben in vielen Bereichen. Das Erhöhen von Ausgaben ist aber keine Leistung an sich. Die Herausforderung und der Anspruch einer Regierung sollten sein, mit so wenig wie möglich Steuergeldern die notwendigen und sinnvollen Dienstleistungen zu erbringen.

Dass dies in der DG oft nicht gelingt und womöglich oft gar nicht angestrebt wird, werde ich im Folgenden aufzeigen.

Beginnen möchte ich hierzu mit dem Unterrichtswesen. Die Mittel wurden in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und das bei sinkenden Schülerzahlen. Nun sind ein Teil der Erhöhungen einfach nur die Konsequenz von Indexanpassungen bei den Gehältern und da die Lohnmasse einen sehr großen Ausgabenposten darstellt, steigen die Ausgaben in diesem Bereich beinahe jedes Jahr an. Ein anderer Grund für den Anstieg sind die zusätzlichen Stellen, die im Unterrichtswesen geschaffen wurden, wie z. B. die Förderpädagogen, die Kindergartenassistenten und das Verwaltungspersonal, um nur einige zu nennen.

Dabei begrüßen wir viele Maßnahmen, gerade was zusätzliches Personal betrifft, da in den Schulen Not am Mann ist. So helfen diese Maßnahmen, die gestiegenen Herausforderungen und Anforderungen zu bewältigen.

Trotzdem möchte ich heute wiederholen, was ich schon

unzählige Male hier gesagt habe: Wir sollten auch nach den Ursachen dieser Entwicklung und dem gestiegenen Personalbedarf in den Schulen fragen. Nur immer mehr Personal ins System geben, wird auf Dauer nicht funktionieren. Zum Einen, da wir schon heute einen Personalmangel im Unterrichtswesen haben und zum Anderen, weil die Kosten kontinuierlich steigen. Einige Ursachen sind bekannt. Die zunehmende Heterogenität der Schüler beispielsweise. Oder einfach ausgedrückt: Eine Klasse ist keine einheitliche Gruppe, sondern die Schüler müssen an ganz unterschiedlichen Punkten in Sachen Wissen, Intelligenz und Motivation abgeholt werden.

Damit Unterricht trotzdem gelingen kann, sind mehrere Voraussetzungen nötig. Eine davon ist die Stärkung der Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen. In diesem Prozess spielt die Erziehung eine wesentliche Rolle. Wir alle wissen, dass Erziehung es in der heutigen Welt schwer hat. Viele Eltern können oder wollen, aus welchem Grund auch immer, nicht mehr erziehen. Es wird häufig eine partnerschaftliche Beziehung zum Kind gesucht, was aber zu Beziehungsstörungen führen kann, welche sich dann im Verhalten des Kindes niederschlagen.

Ich möchte den Rahmen dieser Haushaltsdebatte nicht sprengen und dies also nicht weiter vertiefen. Ich habe dies ja in der Vergangenheit schon auf unterschiedliche Art und Weise dargelegt. Ich möchte einfach damit aufzeigen, dass die gesellschaftliche Entwicklung, welche oft als Ursache für die Veränderungen in Schule genannt werden, kein

Naturphänomen ist, sondern aus dem Verhalten aller Akteure der Gesellschaft resultiert. Wir können, zum Glück, die Entwicklung einer Gesellschaft nicht aufhalten, aber wir können sehr wohl die Richtung dieser Entwicklung mit beeinflussen, wenn wir es denn wollen.

Hier trägt die Politik eine große Verantwortung. Denn die gesellschaftliche Entwicklung ist wie gesagt kein Zufallsprodukt, nein sie wird von verschiedenen Interessensgruppen massiv beeinflusst. Ein Beispiel sind die Technologiekonzerne, welcher mit ihren Produkten und dem Marketing Millionen, wenn nicht Milliarden Menschen beeinflussen. Wenn wir diese Entwicklung einfach laufen lassen, sind wir für das Resultat mitverantwortlich.

Die Politik kann aufklären, sensibilisieren und Alternativen aufzeigen. In der Lehrerausbildung, im Projekt Eltern-Kind-Bildung, aber ganz allgemein auch in der Öffentlichkeit durch Vorträge und Publikationen. Wir müssen auch nicht jedem Trend hinterher laufen. Wenn wir aber lediglich die Symptome dieser Entwicklung in den Schulen durch mehr Personal auffangen, werden uns die Probleme als solche irgendwann überrollen, denn es wird schlicht und einfach nicht bezahlbar sein. Ich finde es besorgniserregend, wenn Vertreter des Teilzeitunterrichts und des Time-Out uns hier im Hause sagen, dass das Profil der Schüler, welche heute zu ihnen kommen, in rund 5 Jahren das Profil der Mehrheit der Schüler in den Regelschulen sein wird.

Dabei ist mir sehr wohl bewusst, dass viele Eltern und auch

Lehrer sich ihrer erzieherischen Verantwortung bewusst sind und hier gute Arbeit leisten. Was ich aber auch erkennen kann und wovor ich warnen möchte, ist eine Tendenz, ein gesellschaftlicher Trend zur Reduzierung der Bedeutung der Erziehung. Sie ist aber nun mal von zentraler Bedeutung.

Ein weiterer Aspekt dieser gesellschaftlichen Entwicklung ist die Digitalisierung. Auch sie ist nicht aufzuhalten. Warum auch, bietet uns die digitale Welt doch viele positive Möglichkeiten. Doch die Medaille hat auch eine Kehrseite. Die Gefahren sind nicht klein zu reden. Gerade, aber nicht nur, junge Menschen sind davon betroffen. Insofern möchte ich einige Kollegen aus diesem Hause, welche eine verstärkte Digitalisierung schon ab der Primarschule fordern, widersprechen!

Die Arbeit am Computer und digitalen Endgeräten ganz allgemein, sollte in der Primarschule auf ein Minimum reduziert werden. Für mich persönlich bräuchte es diese Medien in einer Grundschule nicht zu geben. Viele Kinder verbringen schon in ihrer Freizeit sehr viel Zeit am Bildschirm. Dies hat nicht nur gesundheitliche Auswirkungen, wie z. Bsp. auf die Augen. Experten warnen übrigens, dass im Jahre 2050 jedes zweite Kind unter Kurzsichtigkeit leiden könnte, da die Kinder immer weniger draußen spielen und immer mehr Zeit vor einem Bildschirm verbringen. Nein, auch die Wahrnehmung verändert sich. So schilderte mir einer Kindergärtnerin aus der DG, dass sie Kinder, welche viel zu Hause vor einem Bildschirm saßen sehr schnell erkennen würde. Diese hätten einen so

genannten Tunnelblick und würden nicht wahrnehmen, was rechts und links von ihnen passiert. Wir sind der Meinung, dass die Kinder in der Grundschule nicht auch noch vor dem Bildschirm sitzen sollten.

Dies würde nebenbei zu Kosteneinsparungen führen, denn diese Geräte kosten nicht wenig Geld und müssen unterhalten und regelmäßig ersetzt werden. Hinzu kommt, dass an den meisten Schulen WLAN-Netze eingerichtet werden, von welchen gesundheitliche Gefahren ausgehen können. Ja, dies wird oft herunter gespielt und als nicht bewiesen dargestellt. Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen, wie in anderen Ländern damit umgegangen wird.

In Italien hat ein Gericht eine sofortige Abschaltung eines WLAN-Netzes veranlasst, da die Eltern eines Kindes mit Elektrohypersensibilität in diese Richtung geklagt hatten.

In österreichische Ärztekammer forderte schon in 2017 die Abschaltung von WLAN an allen Schulen und Kindertagesstätten. Wohl nicht ohne Grund. Frankreich beschloss kürzlich die Abschaltung von WLAN in Kitas.

In der Sekundarschule sollten die Jugendlichen vor allem lernen, mit den sozialen Medien umzugehen. Welche Gefahren lauern dort und wie gehe ich mit persönlichen Daten um? Daneben sollte auch der Umgang mit den gängigen Büroanwendungen vermittelt werden, wobei die Unterrichte da nicht zu Werbeveranstaltungen von großen namhaften Anbietern mutieren sollten. Es gibt auch andere

Alternativen, sogar kostenlose, welche auch präsentiert werden sollten.

Nur Programmierung sollten nur die lernen, welche sich für Informatik interessieren und in diese Richtung weiter lernen möchten.

Ein weiterer Bereich, in dem in unseren Augen Einsparungen möglich sind, ist das Dienstrecht. Dass hier eine Reform von Nöten ist, hat auch die Regierung mittlerweile erkannt. Nur wird es wohl eher ein Reförmchen werden, denn grundlegend will sie das Dienstrecht nicht reformieren.

Ich habe schon oft an dieser Stelle gesagt, dass das Beamtenwesen im Unterrichtswesen nicht mehr zeitgemäß ist. Der Unterrichtsminister hat bisher nie auf diese Aussage reagiert. Vielleicht hat er heute mehr Mut, sich dazu zu positionieren, denn die Online-Umfrage im Rahmen der Gesamtvision im Unterrichtswesen zeigte, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten dies unterstützt. Auf die Frage: "Die Verbeamtung des Personals im Unterrichtswesen ist nicht mehr zeitgemäß" stimmten 18% mit "stimme eher zu" und 31% mit "stimme voll und ganz zu", während nur 12% "stimme eher nicht zu" und 11% "stimme überhaupt nicht zu" ankreuzten. Also 49% halten das Beamtenstatut für nicht mehr zeitgemäß, während 23% dies noch tun. 27% gaben keine Antwort ab. Zumindest wurde diese Frage ja schon einmal in den Fragebogen aufgenommen, immerhin ein erster Schritt.

Wir gehen aber noch weiter und sind ein Befürworter von mehr Verantwortung der Schulträger und Schulleiter beim Einstellen und Besolden des Personals. Sowohl ein Dienstrecht, welches auf eine Bezahlung nach Amt, welches ein Personalmitglied inne hat, basiert, als auch das aktuell in der DG angewendete, nämlich eine Bezahlung nach Diplom, funktionieren nicht optimal. Beide führen immer wieder zu Frust unter den Mitarbeitern im Unterrichtswesen, da motivierte, engagierte Lehrer nicht mehr verdienen können als Lehrer, die nur "Dienst nach Vorschrift" machen. Auch bedeutet ein höheres Diplom nicht automatisch einen besseren Unterricht.

Herr Mollers, Sie haben mir kürzlich im Ausschuss auf meine Frage zu den verschiedenen Formen des Dienstrechts kurz das System aus den Niederlanden erläutert. Ich habe mich natürlich ein wenig schlau gemacht, wie die Finanzierung der Schulen dort gestaltet ist. Grob umschrieben kann man sagen, dass die Schulen bzw. Schulträger drei verschiedene Zuschüsse erhalten. Einen für den Unterhalt der Infrastruktur, einen für die Funktionskosten und einen für die Personalkosten. Neu- oder Umbauten werden in der Regel von den Gemeinden finanziert. Hier verhandeln Schulleiter oder Schulträger eigenständig die Löhne mit den Personalmitgliedern. Hier ist also auch eine Bezahlung möglich, welche die oben erwähnten Aspekte wie Einsatz und Motivation, berücksichtigt. Sicherlich ist auch dieses System nicht perfekt und auch hier wird es Personalmitglieder geben, welche unzufrieden sind. Doch immerhin haben sie die Möglichkeit, die Schule zu wechseln

und womöglich anderswo gerechter bezahlt zu werden.

Ich kenne das System in den Niederlanden zu wenig, um behaupten zu können, dass das die Lösung für die DG sei. Aber ich bin felsenfest davon überzeugt, dass es sich lohnt, es einmal ganz genau anzuschauen sich dort inspirieren zu lassen.

Ich geben Ihnen Recht, dass ein Dienstrecht in der DG, welches in eine ähnliche Richtung gehen würde, nicht von heute auf morgen eingeführt werden kann. Doch ich frage mich, ob wir langfristig eine andere Wahl haben?

Die Verwaltung des aktuellen Dienstrechts ist sehr aufwendig und kostspielig. Das Ziel, mit einer Bezahlung nach Diplom ein möglichst gerechtes System anzubieten, funktioniert offensichtlich nicht. Warum also nicht mehr wagen?

Apropos etwas zu wagen: Auch in der mittelständischen Ausbildung tun Veränderungen Not. Dem Fachkräftemangel im Handwerk kann nur durch eine Aufwertung der mittelständischen Ausbildung gegengesteuert werden. Dazu möchte ich auf 3 Aspekte eingehen: Das Image, die Ausbildung und die Entlohnung.

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube wir sind uns alle einig, dass das Image der mittelständischen Ausbildung aufgewertet werde sollte, aber wie? Das IAWM macht jedes Jahr Werbung für ein bestimmtes Berufsbild und dies meist

mit Erfolg. Die Einschreibungen für eine Lehre in diesem Bereich steigen dann kurzfristig. Doch machen dadurch mehr Jugendliche eine Lehre? Oder wählen sie nur dieses Berufsbild eher als ein anderes? Schwierig zu sagen. Ein weiterer Ansatz könnte sein, die Selbständigkeit als solche zu bewerben. Warum nicht Selbständige, welche erfolgreich ihren Weg vom Lehrjungen über den Gesellen hin zum Meister geschafft haben, als Vorbilder in die Öffentlichkeit rücken?

Oft wird hier im Hause gesagt, Spitzensportler seien Vorbilder für unsere Kinder und Jugendliche. Sie wissen, dass wir dies anders sehen. Sicher sind Leistungssportler ehrgeizig, zielstrebig und besitzen Ausdauer. Doch oft gehen sie über ihr Grenzen hinaus, und mit Gesundheit haben ihre Aktivitäten nichts mehr zu tun. Der Mehrwert der Gesellschaft besteht bestenfalls im Unterhaltungswert von Sportevents. Verstehe Sie mich bitte nicht falsch, jeder der Sport auf Spitzenniveau betreiben möchte, sollte frei sein dies zu tun. Die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand lehnen wir kategorisch ab. Dieses Geld wäre besser in eine Aufwertung des Images der mittelständischen Ausbildung investiert. Dieser Berufsweg bietet sowohl für den Absolventen, als auch für die Gesellschaft insgesamt einen Mehrwert.

Bei den handwerklichen Berufen sollte in Sachen Ausbildung der Fokus auf die Lehre gelegt werden. Viele Handwerksbetriebe wünschen sich Lehrjungen bzw. Lehrmädchen, welche nicht älter als 16 Jahre sind. Sie seien noch lernfähig. Mit 18 Jahren - das Durchschnittsalter beim

Einstieg in die Lehre liegt aktuell bei rund 18,5 Jahren - sei dies oft sehr viel schwieriger. Hier sollten die Jugendlichen und Eltern ganz bewusst sensibilisiert werden, dass die Lehre keine Sackgasse ist, nach dem Motto: "Einmal Schreiner, immer Schreiner!" Nein, auch die mittelständische Ausbildung bietet vielseitig Möglichkeiten im Berufsleben und ein Meister ist genau so wenig auf einen Beruf festgenagelt wie ein Student mit einem Bachelor- oder Masterstudium. Ich denke, da sitzen in den Köpfen Vieler noch einige Missverständnisse.

Eine weitere Möglichkeit, die Lehre aufzuwerten, ist die Erhöhung der Lehrlingsgehälter. Diese sollten zumindest die Kosten der Lehrlinge für ihre Mobilität, also das Bestreiten des Hin- und Rückweg zur bzw. von der Lehrstelle, abdecken.

Noch ein Wort zum Institut "Wirtschaft für Ostbelgien", kurz WifO, genannt. Es freut uns, dass hier Gelder eingespart werden können, da dieses Projekt nun über einen bestehenden Mitarbeiter des Ministeriums betreut und keine Person speziell für dieses Projekt eingestellt wird. Immerhin waren bisher Kosten in Höhe von 100.000,- Euro jährlich dafür vorgesehen.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich noch auf die Kinderbetreuung eingehen. Die Regierung hat ihren Schwerpunkt ganz klar auf die externe Kinderbetreuung in Kinderkrippen, bei Tagesmüttern und in der außerschulischen Betreuung gesetzt. Der Masterplan zur

Kinderbetreuung weist keine konkreten Maßnahmen zur Unterstützung von Eltern auf, welche ihr Kinder selber zu Hause betreuen wollen. Wir hatten im vergangenen Jahr mit unserem diesbezüglichen Resolutionsvorschlag konkrete Ideen aufgezeigt. Hier wäre das Geld des Steuerzahlers sinnvoll angelegt. Ich möchte auch hier klarstellen, dass wir nicht gegen die externe Kinderbetreuung sind und den Eltern die Wahlmöglichkeit zur Verfügung stehe sollte. Es kann in unseren Augen aber auch nicht sein, dass Familien, die sich dazu entscheiden, selber die Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten, benachteiligt werden. Es sei denn, Kolleginnen und Kollegen, Sie gehören zu den Politikern, die doch tatsächlich glauben, dass die Einrichtungen der öffentlichen Hand besser für die Kindeserziehung geeignet seien als die Eltern. Ja, solche Meinungen gibt es in verschiedenen politischen Lagern, was ich für sehr bedenklich halte.

Wie Sie sehen, setzen wir andere bzw. weitergehende Schwerpunkte in vielen Bereichen. Es dürfte also nicht überraschen, dass wir den Haushalten im Organisationsbereich 30, Unterricht und Ausbildung sowie Kinderbetreuung, nicht zustimmen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit,

Alain Mertes
Vivant-Fraktion im PDG

